

# FDP feierte liberales „Sommerfest“ in Sorgensen

## Landesvorsitzender Birkner wünscht sich mehr Liberale in den Räten



„Sommerfest“-Gastgeber Dirk Schwerdtfeger (r.) mit Thomas Dreeskornfeld, Kirsten Idler, Mario Gawlik, Karl-Ludwig Schrader und Dr. Stefan Birkner (v.r.).

Foto: Georg Bosse

**SORGENSEN (gb).** Mit Freibier und Bratwurst ist die FDP Burgdorf/Uetze am vergangenen Samstag in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes gestartet. Dazu hatten sich die Liberalen für ihr (kommunal-)politisches „Sommerfest“ ihren niedersächsischen Landesvorsitzenden Dr. Stefan Birkner nach Sorgensen eingeladen.

Im Garten des „Salon Diana“

am Dachtmisser Weg begrüßte der Ortsvorsteher und FDP-Kandidat für die Regionsversammlung, Dirk Schwerdtfeger, den Ortsverbandvorsitzenden Nils Hillerscheid, seine freidemokratischen Mitstreiter Kirsten Idler, Karl-Ludwig Schrader, Mario Gawlik und Thomas Dreeskornfeld sowie den Burgdorfer FDP-„Grandseigneur“ Dieter Lüd-

decke und eben Stefan Birkner.

Dirk Schwerdtfeger, dessen Amtszeit als Ortsvorsteher von Sorgensen im kommenden November endet, nutzte die Gelegenheit zu einem kurzen Rückblick. „Wir haben erreicht, dass im Bereich des Kindergartens auf der Hauptstraße (L311) durch Sorgensen eine dauerhafte Tempo 30-Zone eingerichtet worden ist. Unerfüllt blieb bislang jedoch unsere Forderung nach einer Be-

darfsampel in Höhe „Kindergarten/Sportplatz“.

In seiner Rede schnitt Stefan Birkner Themen mit kommunalen Bezügen an. Darunter unter anderem „Bildung“, „Energiepolitik“ und „Innere Sicherheit“.

Zu „Inneren Sicherheit“ sagte Birkner, dass zur Durchsetzung des Rechtsstaates das bestehende gesetzliche Instrumentarium konsequent umgesetzt werden müsse. „Die FDP kümmert sich, um Energiepolitik transparent zu machen. Die Netze sind entscheidend für das Gelingen der Energiewende. Um nicht weiter Konflikte in die Kommunen zu tragen, müssen beispielsweise größere Mindestabstände von Windradstandorten zu Wohngebieten festgeschrieben werden“, so Stefan Birkner. Birkner warf der rot/grünen Landesregierung vor, aus „ideologischen Gründen“ das Gymnasium schwächen zu wollen: „Die Einheitsschule ist nicht der richtige Weg, weil es keine „Einheitsschüler“ gibt. Die Leistung muss (wieder) im Mittelpunkt stehen.“

Und weil Liberale solide Haushaltspolitiker/innen seien, wünscht sich Stefan Birkner mehr seiner Parteifreunde in den kommunalen Räten.